



Zur konstruktiven Mitarbeit bereit

*Landesgesundheitsministerin
Birgit Fischer hat den Leistungs-
trägern im Gesundheitswesen
kürzlich fälschlich eine Blockade-
haltung gegenüber Reformen im
Gesundheitswesen vorgeworfen.*

Über die „massive Kritik der Leistungsanbieterseite“ an den Plänen der Bundesregierung zur Gesundheitsreform 2000 beschwerte sich Landesgesundheitsministerin Birgit Fischer kürzlich beim Ersatzkassenforum in Düsseldorf. Diese Ablehnung der Gesetzespläne sei „interessengeleitet“, die Inhalte der Reform würden in ein völlig falsches Licht gestellt. Der Tenor dieser Ausführungen: Die „Leistungsanbieter“ blockieren aus Gründen der Besitzstandswahrung notwendige Reformen, „statt den notwendigen Dialog und Konsens mit der Politik zu suchen und dabei eigene sinnvolle Vorstellungen einzubringen“.

Wen genau die Ministerin mit ihrer Kritik an den „Leistungserbringern“ meinte, die ihrer Meinung nach notfalls auch vor einer „Instrumentalisierung von Patientinnen und Patienten“ für eigene Interessen nicht zurückschrecken, sprach ihr Mitarbeiter Dr. Christopher Hermann aus: „Ich sehe nichts Positives in diesem Bündnis für Gesundheit.“

Wir setzen dagegen: Das „Bündnis Gesundheit 2000“ ist kein Zusammenschluß von Neinsagern. Vielmehr sehen es die Gesundheitsberufe als ihr Recht und ihre Pflicht an, auf drohende Rationierung und vorhersehbare Einbrüche in der Versorgung der Patienten rechtzeitig hinzuweisen. Darüber hinaus betrachten sie es als legitim, ihre begründete Angst vor Arbeitsplatzverlusten zu artikulieren.

Auch wenn es in den vergangenen Wochen einige Modifikationen an dem ursprünglichen Gesetzentwurf gab: Die Grundphilosophie – vom grundlohnsummenabhängigen Globalbudget, der Auflösung des Sicherstellungsauftrags der KVen bis hin zur unverträglichen Stärkung der Bürokratie und der Kassenmacht – ist gleich geblieben.

Neu ist allerdings, daß einige den Regierungsentwurf unterstützenden Politiker zunehmend empfindlich auf das „Bündnis Gesundheit 2000“ reagieren, das mit seiner großen Demonstration in Berlin (siehe auch Seite 14) einmal mehr seine Kraft bewiesen hat. Die gereizten Reaktionen einiger Bundes- und Landespolitiker können als Zeichen von Respekt gedeutet werden. Immerhin ist ein solches Bündnis, das sich gemeinsam gegen die Reglementierung und Deformierung unse-

res Gesundheitswesens wendet, in der Sozialgeschichte unseres Landes einmalig.

Die nervösen Reflexe dürften auch damit zusammenhängen, daß sich nach der parlamentarischen Sommerpause in der gesundheitspolitischen Großwetterlage einiges verändert hat – und zwar zuungunsten des Reformvorhabens der Bundesregierung. So gab es Anhörungen im Bundestagsausschuß für Gesundheit, in denen die überwiegende Zahl der Experten kein gutes Haar an den Reformvorstellungen ließ. Vor allem aber gab es Landtagswahlen, nach denen die Ablehnung des Reformvorhabens Ende November im Bundesrat sehr wahrscheinlich ist.

Wie soll es dann weitergehen? Es kann nicht im Interesse der Ärzteschaft und der anderen Gesundheitsberufe liegen, daß unser Gesundheitswesen in eine desolote Situation hineinsteuert, in der nichts mehr geht. Anders als Landesministerin Fischer glauben machen will, sind wir zur konstruktiven Mitarbeit an sinnvollen Reformen bereit.

Wir suchen und führen deshalb permanent das Gespräch mit den verantwortlichen Politikern. Um so verständlicher, daß Birgit Fischer genau dies in Frage gestellt hat. Wir sind nach wie vor an einem Dialog mit unserer Landesregierung und der Bundesregierung interessiert, selbst wenn dies aufgrund der gewaltigen Differenzen in der Bewertung des aktuellen Gesetzesvorhabens a priori nicht mehr sonderlich aussichtsreich erscheint. Deshalb bestehen wir auch auf dem von Bundeskanzler Schröder für Ende September angebotenen weiteren Gespräch, das aber Ende Oktober immer noch nicht terminiert war. Gleichzeitig werden wir es uns nicht nehmen lassen, unsere Argumente im „Bündnis Gesundheit 2000“ gemeinsam mit den anderen Gesundheitsberufen wie auch als Ärzteschaft weiterhin in aller Deutlichkeit öffentlich vorzutragen.

*Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Ärztekammer Nord-
rhein und der Bundesärztekammer*

*Dr. Winfried Schorre
1. Vorsitzender der KV Nordrhein
und der Kassenärztlichen
Bundesvereinigung*